

Bezugspreis  
für Halle vierteljährlich 2,50 R., durch  
die Post 3 R., halbjährlich 5 R.,  
einmonatlich 1 R.,  
ohne Befehl  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen.

# Saale-Beitung.

## 4. (Schluß-) Beilage zu Nr. 144.

Anzeigen  
werden die Spalte oder deren Raum  
mit 20 Pfennig, solche aus Halle mit  
15 Pf. berechnet und in der Expedition,  
von anderer Kaufmannschaft und allen  
Kannern Expeditionen angenommen.  
Kleinanzeigen die Seite 60 Pf.

Halle a. d. S.

Wittwoch den 24. Juni

1891

### Deutsches Reich.

Das Verhältnis zwischen England und Frankreich wird in der Köln. Ztg. zum Gegenstande der Besprechung in einem Artikel gemacht, welcher sichtlich unter einem von Berlin aus geübten Einflusse entstanden ist. Derselbe knüpft an die von uns vor einigen Tagen getrennten Phantasien des pariser „Figaro“ über einen deutsch-französischen Ausgleich (Vollzug) an Frankreich — Luxemburg und einige französische Kolonien an Deutschland) an und führt weiterhin folgendes an:

„Das Versehen über den Republik und die Sisse und den Bestand der Autokratie findet am Ufer der Rhein nicht das gewöhnliche Gebrä. Als höchste Illustration des Widerstreits der Interessen beider Staaten könnte man die schmachtliche Auftritte in der Geburtstagsfeier zu Versailles bezeichnen, wo Soldaten des Erbfeindes der Offiziere die rautenförmigen Schutzgehörten des weißen Haren und Frankreichs auseinandringen mußten. Mag auch der Haß des Panikmühs und die Nebenschläger des Chauvinismus eine Vereinigung gegen mit allen Mitteln herbeizuführen suchen, so ist doch der weltberühmte Staatsmännern Ausblick unzweifelhaft klar, daß ein Sieg Frankreichs über die Friedensmächte den von Alters übernommenen russischen Absichten und Plänen auf Konstantinopel und die Herrschaft über Kleinasien den Todesstoß bringen würde. Diese Überzeugung muß die Haltung, welche Frankreich gegen Frankreich einnimmt, stets beeinflussen und bestimmen.“

Dann wendet sich der Artikel an den Zaren persönlich wie folgt:

„Dem Czar Nikolaus I., der sich rühmte, die Revolution genötigt zu haben, kann ein Bündnis mit der aus der Revolution hervorgehenden und mit ihrem Geiste durchdrachten Republik niemals wünschenswert sein. Die beiden Staaten bilden in ihrer Art die schärfsten Gegensätze, und bei jeder Gelegenheit muß sich die tiefe Kluft wieder öffnen, welche gemeinamer Haß nur durch ein überbrückt hat. So konnte es nicht wundern, daß die vor kurzem aufzunehmende Verbindung Frankreichs mit einem Reich, mit Russland ein festes Bundesverhältnis zu schließen, in Petersburg eine absehbare Haltung gefunden, durchaus nicht unglücklich ersehen.“

Nicht ganz, daß Frankreich eine solche Zurückweisung erfahren habe, seien die Umstände, welche dieselbe begleiteten, aber auch bezeichnend für Frankreich gewesen. Der französische Vorkämpfer in Petersburg habe zwischen dem 23. und 27. Febr., hauptsächlich am 26., alle deutsch-französischen Beziehungen während des pariser Aufenthaltes der Kaiserin Friedrich eine befehlige Wendung zu nehmen drohten, von Paris den Auftrag erhalten, die russische Regierung und im besondern den Zaren persönlich darüber zu informieren, wie es mit einem gemeinsamen Vorgehen für den Fall sei, daß es infolge der sich an die Spitze der Mutter des deutschen Kaisers knüpfenden Vorgänge zu einem Druck zwischen Deutschland und Frankreich kommen sollte. Der Zar habe damals einfach abgelehnt, die Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges überhaupt ernsthaft in Betracht zu ziehen, und zwar mit dem Bemerkten, daß er einerseits in dem Besuch der Kaiserin Friedrich eine Verankerung Frankreichs nicht erlösen könne und daß er andererseits es für ganz ungeschicklich halte, daß die französische Regierung dem pariser „Figaro“ gestatten werde, eine Mission zu beauftragen, welche, ganz davon abgesehen, daß sie die Mutter des deutschen Kaisers und die Tochter der Königin von England sei, auch keine, des Zaren, nahe Verwandte sei. Der kanakische Vorkämpfer am Petersburger Hofe, Herr de Babouville, hätte auf formellen Befehl seines Ministers geantwortet. Aber statt den Zaren persönlich zu informieren, wie er angewiesen war, habe er sich an Herrn v. Giers gewandt und durch diesen die bekannte für Frankreich beschämende Antwort Alexanders III. erhalten. Herr de Babouville sei darauf von der französischen Regierung scharf zurückgewiesen worden und habe infolgedessen seinen Abschied genommen. Auch der russische Vorkämpfer in Paris, Herr v. Mohrenheim, von dem jetzt erst als feststehend gilt, daß er in nächster Zukunft seinen pariser Posten verlassen wird, sei infolgedessen in die Angelegenheit mit verwickelt, als er die Herren Witob und Freyinet, von welchen besonders letzterer im Frühjahr d. Z. einen deutsch-russischen Konflikt nicht ungern gesehen haben würde, in den Glauben eingeweiht hatte, die russische Däse sei Frankreich in jedem Falle sicher. In dieser Richtung sei Herr v. Mohrenheim viel zu weit gegangen und es scheint, daß er infolgedessen bei seiner Regierung in den Verdacht geraten ist, mit denjenigen russischen Politikern gemeinsame Sache gemacht zu haben, welche dem Zaren die Hände binden und ihm das den russischen „Uebel“, und zwar weit mehr aus Gründen der inneren als der äußeren Politik, unvollkommene französische Bündnis haben aufzuheben wollen. Andererseits habe Herr v. Mohrenheim in Paris das Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Aufrichtigkeit seiner amtlich gemachten Mitteilungen verloren. Es geht aus allem deutlich genug hervor, daß Frankreich allerdings seinen förmlichen Auftrag, auf ein Bündnis mit Paris, welche, wie wir aber doch eine Zurückweisung geholt habe, welche, wenn so unangenehmer sein würde, als man in Paris gehofft hatte, durch feste Liebeswürdigkeit und Schmeichelei Deutschlands östlichen Nachbarn ganz für sich zu gewinnen.

Ein Kartoffel-Brandfall hat sich Montag früh in dem Potsdamer Badelbadeort Rowdow abgespielt. Während in Berlin die Preise der vorjährigen Kartoffeln, wofürdentlich infolge der vergrößerten Zufuhr, sich noch immer bis auf höchstens 10 Pf. für 5 H. stellen, sind in Potsdam und Umgegend die Kartoffeln infolge der enormen Preise beinahe eine Delikatesse geworden. Nur dem letzten Wochensmarkt am Sonntag in Potsdam vermag man sich 5 1/2 Pf. und Montag aberten die Bauern auf dem pompaner Markt 65 Pf. für 5 H. zu erzielen wurden nur die Frauen in Rowdow auf das höchste erbittert. Im Umkreis hatte man das Fuhrwerk eines Bauern unruhig und die diele es veränderte konnte, wurde der Wagen von den benachbarten Frauen umgeworfen, so daß die Gade ihnen sofortigen Inhalt auf den Marktflaß ergoßen. Der Bauer schlug zwar mit der Peitsche zwischen die Frauen, doch dauerte dies nicht lange, denn bald war

dem dieselbe entwunden, so daß er ohnmächtig der Wuth der Frauen ausgeliefert war. Die andern Kartoffelbändler zogen es bei dieser kritischen Situation vor, schweigend ihre Waren einzupacken und davon zu fahren. Die Volksmenge war inzwischen immer mehr angewachsen, so daß die bald darauf erscheinenden Gendarmen Mühe hatten, dieselbe auseinander zu bringen.

\* Von einem Privatsekretär des Herrn Baare rührt, wie die „Ztg.“ erzählt, die falsche Nachricht her, welche aus Essen durch Telegramm eines Gerichtsverorderten, „von bestimmter Seite“ über die angebliche Einstellung des Verkehrs gegen Baare und die Weanten des Hochmurer Verelns wegen der Schienentempel verbreitet worden ist.

\* Der Abgeordnete von Eymern hat eine Beschlußfassung gegen die „Saale-Beitung“ angefragt wegen der in diesem Blatte vor einigen Tagen gegen ihn gerichteten groben Ausfälle.

### Halle und Umgegend.

Halle, 23. Juni.

Die Berichte über den Verlauf der Verammlung der „Ordnungspartei“ und der Verammlung des Konserwativen Vereins gegen die „Ordnungspartei“ lesen sich wie Grotesken auf ein in zartestem Auftrieb dahingehendes Menschenkind und darum wollen wir nicht lassen in der Antwort, welche wir auf gewisse, der „Saale-Beitung“ gewidmete Liebeswürdigkeiten geben möchten. Zuerst zur Sache! Die „Saale-Beitung“ hatte in einem Beilagenstück ihrer letzten Sonntagsnummer von ihrem Standpunkte aus der „Ordnungspartei“ eine durchaus sachliche, in bester ruhiger Zune gehaltene Besprechung gewidmet; aber es müssen wundern werden, welche die „Saale-Beitung“ damit bei der „Ordnungspartei“ getroffen hat, denn es wurde ihr in einer Anzahl antwortet, die selbst an den bekannten Kanakler erinnert, der von Europens überfünftiger Schicklichkeit nichts macht, so daß man sich verächtlich über die Partei mit den Worten Heine's zu begnügen: „Das sind in des Böllerschlages — Kolossale Mäntelster — Von Beisekerwuth ergriffen.“

Was hatten wir verbrochen? Wir hatten gesagt, wir fühlten uns durch den Namen der neuen Partei und durch manches Andere an ihr in einer unlieblichen Weise an das verflochtene Auswuchs der Reichstagswahl des Jahres 1887 erinnert. Wie wäre es möglich, daß dies nicht geschehe? In § 4 der Satzungen der neuen „Partei“ heißt es wörtlich: „Insbesondere erstrebt die „Ordnungspartei“ die gemeinwärtigen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu befähigen.“ Und wie lautet der amtliche Artikel, durch die bessere Einsicht der letzten Reichsregierung angeordneten Ausnahmengesetzes? Wörtlich: „Gesetz gegen die gemeinwärtigen Bestrebungen der Sozialdemokratie.“ Das ist doch deutlich. Und wenn jemand ohne weiteres die gesamte Sozialdemokratie und in kritischer Weise alle ihre Bestrebungen, die berechtigten gleichzeitig mit den unberechtigten, zusammen in einem Attributiv als „gemeinwärtig“ brandmarkt, so muß er, wie wiederholtes, den Sozialdemokraten damit in Acht und Bann und bezeichnet ihn als eine Pestheule der menschlichen Gesellschaft. Soll das vielleicht keine Erbitterung erregen? Wir verurteilen, das brauchen wir nach unserer ganzen politischen Haltung gar nicht mehr besonders hervorzuheben, sehr vielen in der Sozialdemokratie als unverzüglich und gefährlich, und wir bekämpfen das demgemäß. Aber wir sehen uns erst ein Ding an, ehe wir darüber urteilen, und wir hätten uns zuvor, mit vielen Schreien zusammen auch welches Gute gemüßlich in Bausch und Bogen mit Wetzungen aus der Spange der Kriminalgerichtsbarkeit zu brandmarken.

Die Einrechnung an den Septemarskandale aber hat gerade der Hauptverderber in der Verammlung der „Ordnungspartei“ von neuem in uns gewekt. Seine Rede schloß er mit dem Dichterworte: „Müßigwärtig ist die Nation, die nicht für Alles freudig steht an ihre Ehre.“ Gewiß ein schönes Wort. Aber gerade dieses Wort war es ganz besonders, das im Wallstumpfe des Jahres 1887 von dem offiziellen Vorkämpfer in Berlin als Schlagwort für alle septemarskandale Ordnungsparteien gegen die „reichsverwärtigen“ Septemarskandale ausgegeben und dann von den Vätern und den Kindern der ersten in allen Tonarten ausgebetet und angewandt wurde. Und dann: nach gefasener Verammlungsarbeit ein genugsam reiches Telegramm an die Majestät abzugeben, ist eine Gepflogenheit, welche unterem Worte von der „Ordnungspartei“ zum mindesten nicht widerpricht. Schade, daß der engere Fraktionsgenosse der Herren von der neuen „Ordnungspartei“, Herr Carlstadt-Schmidt, nicht zugegen war; vielleicht hätte sich derselbe von neuem verächtlich, einige kritische Worte gegen das vorzutragen, was er einst in einer Parlamentsrede als die „Modestität des Streberthums“ bezeichnete.

Nebenbei gesagt: dieses Subjunktionstelegramm spricht von Männern, die „unter Zurückstellung des bisherigen Partei-Interesses“ zu der neuen „Ordnungspartei“ zusammengetreten seien. Wir hätten bisher nur von Männern der freisinnigen Partei; denn die Konserwativen lehten ab, die Nationalliberalen lehten ab, die Freireimigen richteten sich nicht — wo war da der Partei-Interesse, der „zurückgestellten“ gewesen wäre? Uns aber, der „Saale-Beitung“, glaubt man etwas besonders Bitteres zu sagen, indem man uns als „Beisekerin der Sozialdemokratie“ hinstellt. Abgesehen aber davon, daß dies ausschließlich auf den nächsten Hinweis darauf begründet werden konnte, daß wir eine Versicherung, die vermuthlich doch konserwativen, Professors der Theologie Herrmann in Warburg abgedruckt hatten, können wir nur versichern, daß wir uns bei den gleichzeitigen Angriffen der „Ordnungspartei“ und der Sozialdemokratie außerordentlich wohl befinden. Unsere Stellungnahme der letzteren gegenüber haben wir in dem Zeitartikel am Sonntag und sonst so deutlich gekennzeichnet, daß es eines Weiteren in dieser Beziehung nicht bedarf. Wir befinden uns damit in bester politischer und geistiger Gesellschaft — nicht nur von Halle und Umgegend, sondern wir trotz der vernünftigen Keulenklage der Sonntagsverammlung auch fieber noch zu atmen wagen. Und

so schließen wir uns denn der Versicherung eines Weiteren an, welche dieser in der Verammlung des Konserwativen Vereins sagte: Die Gründer der „Ordnungspartei“ mögen wohnnehmende Männer sein; aber sie sind ich ihrer Ziele nicht so wie wir. Sagen wir denn nicht gleich, in dem betreffenden Lager der Konserwativen werden der „Ordnungspartei“ alsbald Gegner entstehen, daß deren Gründer sich selbst darüber wundern würden? So viel zur Sache. Nun noch etwas anderes zum Schluß. In der Verammlung der „Ordnungspartei“ sprach ein Weiter — er ist, so viel wir erfahren, ein junger strebsamer Rechtsanwält — ganz besonders lebhaft gegen den Zeitartikel unserer letzten Sonntagsnummer. „Doch eine Wäde, eine Sisse, entsetzte die Verachtung.“ Er meinte u. a. er habe es bisher „für unglücklich gehalten, daß ein bezwängter Artikel noch erscheinen kam, welcher den tollsten Unruhen und Unwissenheit enthalte, den er je in seinem Leben gehört habe.“ Das war kein Selbstkritik, Octavio! Aber wir bekennen demüthig, daß es uns nicht möglich ist, gegen diese feine juristische Beweisführung noch etwas weitläufiges vorzubringen.

Deines Geistes  
Hab' ich einen Hauch verhaucht —  
D'Witz, mein Vaterland!

— In einer gefasenen Abend in der „Kaiser Wilhelm-Saale“ abgehaltenen Verammlung des Evangelischen Arbeitervereins sprach Dr. Privatdozent Dr. Diehl über das „Deutsche Buch“, die Frau und der Sozialismus.“ Die Frage, so führte der Dr. Weiter aus, wie sich die Sozialdemokratie die Einrichtungen des sozialistischen Staates denkt, ist freilich hüten nach Untersuchung der Frauen die Ehe eingetrichelt, wie sich familiäre Genüsse zu verschaffen, und in der Frau eine Arbeitskraft zu erhalten. Auch verhalte es sich mit der Prostitution. Das Christentum wie das Mittelalter hätten in der Lage der Frau keine Besserung gebracht, während die moderne Entwicklung, die Mädchen und Großmütter, neue wirtschaftliche Bedürfnisse, die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frau gebracht habe. Eine wirtschaftliche Freiheit, wie sie die Frau noch nicht. Bei der Beschäftigung reicher Leute hätten bestimmte Interessen eine Hauptrolle, bei derjenigen armer oder andere Dinge; bei letzteren, wo Selbstmotive nicht in Betracht kommen, wolle sich der Mann in der Frau eine Arbeitskraft sichern. Die Ausübung der wirtschaftlichen Arbeitskraft veralte das eheliche Leben, die Frauen bekämen nicht mehr die Achtung, die ihnen zu verdienen habe gegenüber der unverschuldeten dabei das bessere Los gesagen. Welche seine ferner: die Frau sei zu allem berufen, zu was der Mann berufen ist, deshalb müsse sie demselben politisch und wirtschaftlich gleichgestellt werden. Die Grundvoraussetzungen der Lebensführung seien in der bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu suchen, nur durch Aufhebung des Eigentums könne die Frau frei werden. Deshalb müßten alle Produktionsmittel und alles Vermögen Gemeingut werden. Alle Bedürfnisse würden dann befriedigt, jeder müsse an der Herstellung derselben an seinem Theile arbeiten und erhalte als Belohnung gewählter Arbeit einen Anteil, wofür er in den Centralverwaltungsstellen als Organerhalten wolle er brauche. Diese Arbeit genügt als Ersatz für die Freiheit, die Freiheit und Gleichheit sei nicht nötig, wenn die Nothung, Würde und Kleidung in großen Centralverwaltungsstellen hergestellt und die Kinder in großen Centralverwaltungsstellen alle gleichmäßig erzogen werden. In dem sozialistischen Staate leiten Mann und Frau unbedingt freie und gleichberechtigte Eintritte, nicht für das ganze Leben, sondern so lang es den Frauen passe; denn wo keine Liebe mehr vorhanden, sei die Ehe unethisch, und deshalb sei die Eheverhältnisse besser, sich einanderzugeben. Nach dieser kurzen Inhaltsangabe trat Redner in eine Kritik des Buches ein. Eine Prüfung des wissenschaftlichen Wertes des Buches, die die Erwartungen sehr hoch, die Ausführungen über die Arbeiter und die Frauen, die Schicksale entnommen. Zunächst müßte angegeben werden, daß Bebel mit seiner Kritik der gegenwärtigen Zustände in manchen Fällen recht habe, die Ehen mancher reichen Leute, der Woccaratprozeß in England und der Hochmurer Prozeß hätten ergeben, daß bei manchen Ehen der Geist für soziale Mächten nicht vorhanden ist, Bebel hat aber nicht in den Gründen, der Grund dieser Zustände liegt in der Vermählung und Schichtung der Menschen, nicht in wirtschaftlichen und juristischen Einrichtungen. Wenn Bebel keine anderen Menschen schafft, wird er in seinem sozialistischen Staate nichts ändern in Bezug auf soziale Vermählung. Die Aufhebung der Ehe im sozialistischen Staate ist ein Kontrakt der wirtschaftlichen Umwälzungen; in demselben wird dem Familienleben der Boden entzogen. Es ist Schande, von einer Gleichheit im sozialistischen Staate zu sprechen, so lange nicht genau vorgezeichnet wird, wie viel und welche Seiten der Mensch täglich zu sich nehmen muß, wie er sich kleiden, und welche Genüsse er sich schaffen kann und muß. Wenn aber alle diese Dinge gleich sind, die man im sozialistischen Staate für gleiche Arbeit bekommt, berechtigten Fragen ist nicht Raum gegeben, weil die Bedürfnisse der Menschen nie gleiche werden. Die Religion muß im sozialistischen Staate als Zweckmäßigkeitsgründen beiseite gelassen werden, weil man dann an nichts anderes als an die Autorität der Centralbehörden glauben dürfte. Die Bebel'sche Sozialpolitik, daß man die Ehe aufheben und die freie Liebe einführen müßte, erlaube ich mir ebenso wie er Anhänger der sog. materialistischen Gesellschaftslehre, die Bebel'sche Lehre ertere er auch alles, was uns hoch und heilig ist, für falsch. Das Unrecht ist durch höhere Kultur verdrängt. Weiter haben das Christentum und germanische Völen auf Ehe und Sitlichkeit eingewirkt. Die freie Liebe ist kein Fortschritt, sondern Rückfall zur Barbarei, ein Kontrakt und freie Liebe gehören zusammen. Im sozialistischen Staate würden durch Schmeichelei abgedrückt und mit Konterteire behaftete Wäden am besten daran sein, während keine weniger durch Schmeichelei begünstigte Wäden durch Sparfamkeit und Wirtschaftlichkeit sich ihr Glück gründen können. In der Vortrag schloß sich eine lebhafte Erweiterung, an welcher sich auch zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei beteiligten.

Nachdem eine beifällige Aufnahme verschiedener Satzungen, Anträge, einvernehmliche Zusammenkunft des „Vereins der Arbeiter in der Stadt“, eine Sitzung, die den Zweck hatte, gegen getrimter Beteiligung zur Fassung rechtlicher Beschlüsse nicht berechtigt war, fand gestern Abend die Sitzung des Dr. Diehl'schen Arbeitervereins statt. Der von der Verwaltung vorgeschlagene neue Satzungenentwurf fand die einstimmige Genehmigung der Vere-







